

Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V.

Aquinostr. 7-11
50670 Köln
Telefon 0221 / 972 69-20 oder -30
Telefax 0221 / 972 69-31

Arbeitsbericht

info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de

für die Jahre 2012 / 2013

Vorgelegt zur Mitgliederversammlung am 10.11.2013 in Frankfurt

Einführung

Zur Mitgliederversammlung, die alle zwei Jahre stattfindet, berichten wir über die wichtigsten Aktivitäten des Grundrechtekomitees in den verschiedenen Themenbereichen. Wir wollen einen zusammenfassenden Überblick über die politisch relevanten Tätigkeiten geben und damit zur Reflexion anregen, um über weiterführende Perspektiven diskutieren zu können.

Der Finanzbericht wird einschließlich des Revisionsberichtes eigens vorgelegt. Die Fragen, wie wir mit finanziellen Einbußen und dem Schwund bei der Zahl der Fördermitglieder umgehen sollen, hat uns im Jahr 2012 sehr stark beschäftigt.

Personell arbeitet das Komitee weiterhin kontinuierlich mit drei Sekretariatsstellen, die mit Martin Singe, Elke Steven und Dirk Vogelskamp besetzt sind. Martin Singe hatte auf eigenen Wunsch seine Stelle befristet auf eine 2/3-Stelle reduziert. Von 2013 bis 2015 wurden nun zwei Stelle um 1/3 reduziert, um den finanziellen Engpässen zu begegnen.

Die politische Arbeit des Komitees wurde in unseren regelmäßig tagenden Ausschussgremien, dem Geschäftsführenden Vorstand (Heiner Busch und Theo Christiansen), dem Vorstand und dem Arbeitsausschuss sowie den verschiedenen Arbeitsgruppen beraten, koordiniert und auf den Weg der Umsetzung gebracht.

Jeweils fünf Ausgaben unseres Infobriefes wurden jedes Jahr erstellt und verschickt.

Gemeinsam mit sieben weiteren Bürgerrechtsorganisationen geben wir jährlich den Grundrechte-Report im Fischer-Verlag heraus. Elke Steven ist Mitherausgeberin für das Grundrechtekomitee und arbeitet in der Redaktion.

Die Schwerpunkte verändern sich, die Themen bleiben jedoch dieselben, die uns seit Gründung des Komitees für Grundrechte und Demokratie vor 33 Jahren beschäftigt haben.

In den beiden letzten Jahren haben uns manche Themen und Projekte durchgängig beschäftigt.

Aushebelung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit in Frankfurt

Als Blockupy im Mai 2012 in Frankfurt demonstrieren wollte, verbot die Stadt kurzerhand alle Demonstrationen in dieser Stadt über mehrere Tage. Wir meldeten eine Versammlung „Für das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit“ auf dem Paulsplatz an, die ebenfalls verboten wurde. Im Eilrechtsschutz bekamen wir kein Recht. Die nachträgliche Klage führte schon beim Amtsgericht zu der Feststellung, dass das Demonstrationsverbot rechtswidrig war.

Aufgrund dieser Erfahrungen entschlossen wir uns, im Jahr 2013 die Demonstrationen von Blockupy in Frankfurt beobachtend zu begleiten. Die Großdemonstration endete schnell in einem Kessel eines Teils der Demonstration. Ein empörender Umgang mit dem Grundrecht von 10.000 Bürgern und Bürgerinnen. Wir informierten zeitnah und berichteten in diversen Veröffentlichungen. Ein ausführlicher Bericht zu dieser Demonstrationsbeobachtung, den Ereignissen in Frankfurt und den grundrechtlichen Einschätzung zu diesem Vorgehen, wird Ende dieses Jahres erscheinen.

Rüstungsexporte stoppen!

Seit Anfang des Jahres 2012 haben wir die Lieferung von Leopard-II-Panzern nach Saudi-Arabien in den Blick genommen. Mit anderen Organisationen und Gruppen protestieren wir gegen diese geplanten Lieferungen und fordern die Bundesregierung auf, die Genehmigung dieser Lieferung zu widerrufen. Der geheim tagende Bundessicherheitsrat hatte den Export im Sommer 2011 genehmigt. In Berlin und Düsseldorf haben wir die Proteste und Belagerungen von Rheinmetall (mit)organisiert. Soweit das Bündnis auch zu Aktionen Zivilen Ungehorsams aufruft, beteiligen sich daran viele Personen aus dem Komitee für Grundrechte und Demokratie.

Beobachtung des Prozesses zum Tod von Oury Jalloh in einer Polizeigewahrsamszelle

Schon Mitte 2010 haben wir das Buch „Der Mord in Dessau im Schoß der Polizei“ herausgegeben. Auch den zweiten Prozess, in dem ein Polizeibeamter angeklagt wurde, haben wir gemeinsam mit der Internationalen Liga für Menschenrechte beobachtend begleitet. An der unwahrscheinlichen Konstruktion, dass Oury Jalloh sich selbst, gefesselt auf einer feuerfesten Matratze, angezündet hat, hielt das Gericht trotz allem letztlich fest. Die aufgedeckten Widersprüche wurden zugedeckt, weg geredet, ignoriert. Immerhin aber wurde der angeklagte Dienstgruppenleiter des Dessauer Polizeireviers wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe von 10.800,- Euro verurteilt. Dieser habe es unterlassen, den an Händen und Füßen geketteten Oury Jalloh unter ständiger Beobachtung zu halten.

Aus dieser Prozessbeobachtung ist auch ein enger Kontakt zu der den Prozess begleitenden Black Community und der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh entstanden. Auch bei ihren Demonstrationen, bei denen sie häufig mit polizeilicher Gewalt und der Außerkraftsetzung von Versammlungs- und Meinungsfreiheit konfrontiert sind, haben wir sie unterstützt.

Elektronische Gesundheitskarte

Seit Herbst 2005 organisieren wir den Protest gegen die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte. Diese Kritik haben wir immer mit der Kritik am Umbau des Gesundheitssystems verbunden. Regelmäßig haben wir in unseren Infobriefen und in Artikeln über den gegenwärtigen Stand bei der Einführung informiert und dem Akzeptanzmanagement der Krankenkassen und der Desinformationspolitik von Regierung und Datenschutzbeauftragten die nüchterne Analyse entgegengesetzt. Immer wieder, wie auch gerade jetzt wieder, führen der Druck und die Fehlinformationen zu vielen konkreten Nachfragen per Telefon, Email und Briefen. Das Grundrechtekomitee wird als fundierter und verlässlicher Kritiker in der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Petition „Rente für Gefangene“

Die Exklusion von Strafgefangenen aus den Sozialsystemen haben wir schon 2011 in einer Petition an den Deutschen Bundestag aufgegriffen. Gerade von den Gefangenen selbst wird diese Initiative gerne angenommen. An den Versuchen, die Verantwortung zwischen Bund und Ländern hin und herzuschieben, hat sich nichts geändert. Entschieden worden ist noch nicht über die Petition. Allerdings unterstützen viele Organisationen, die sich um Straffälligenhilfe bemühen, die Petition und das Anliegen.

Versammlungsfreiheit auch für Gegendemonstrationen gegen Versammlungen der extremen Rechten (Dresden)

Fragen nach dem Umgang mit Demonstrationen von NPD und Kameradschaften sowie mit den Gegendemonstrationen, die selbstverständlich auch unter dem Schutz des Versammlungsrechts stehen, haben uns vielfältig beschäftigt.

Die Art des Umgangs mit diesen Protesten in Dresden im Februar 2011 hat uns veranlasst, im Herbst 2011 eine „Untersuchungskommission 19. Februar“ zu gründen, an der Vertreter von Parteien, Rechtsanwälte und -anwältinnen, diverse Organisationen und Gruppen beteiligt waren. Im Februar 2012 veröffentlichten wir den gemeinsamen Bericht und kündigten zugleich unsere Demonstrationsbeobachtung im Februar 2012 in Dresden an. Die große öffentliche Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in Dresden hat dazu geführt, dass seitdem die Gegendemonstrationen stattfinden können, in der Öffentlichkeit dieser Protest auf mehr Verständnis stößt, die Gegensätze in der bürgerlichen Öffentlichkeit ein wenig aufgeweicht werden konnten und sich der polizeiliche Umgang mit diesen Protesten grundrechtskonformer gestaltet.

Zugleich haben wir den Jugendpfarrer Lothar König, dessen Prozess im April 2013 begann, unterstützt, unsere Solidarität bekundet und zu einer viel beachteten Pressekonferenz in Dresden eingeladen.

Syrien

Der beginnende Aufstand in Syrien hat uns umgetrieben. Wir haben ein Plädoyer für den gewaltfreien Widerstand der Basiskomitees gehalten und einen politischen Aushandlungsprozess gefordert. Zugleich haben wir schon früh humanitäre Hilfe und Unterstützung für die Flüchtlinge gefordert. „Die Opfer bewaffneter Konfrontationen zu unterstützen, die Fliehenden aufzunehmen und mit dem Notwendigen zu versorgen sowie zu versuchen, die Zufuhr von Gewaltmitteln zu unterbinden, sind zentrale Aufgaben, um eine ‚zivile Konfliktbearbeitung‘ der unterschiedlichen Interessen in Syrien zu ermöglichen.“

Aus Solidarität mit den auf Gewaltfreiheit orientierten Basiskomitees und in Kooperation mit denen, die vor Ort mit diesen in Kontakt waren, haben wir die Aktion „adopt a revolution“ unterstützt. Nach einiger Zeit haben wir uns aus dieser Unterstützung aufgrund der aktuellen Entwicklungen begründet zurückgezogen. Wir haben unsere Überlegungen und Einwände gegen dieses Projekt veröffentlicht.

Militarisierung der Bundesrepublik

Friedensthemen beschäftigen uns immer neu, und wir kooperieren in diesem Bereich mit vielen anderen Gruppen (Netzwerk Friedenskooperative, Kooperative für den Frieden). Mitte 2012 (17.7.2012) hat das Bundesverfassungsgericht dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren zugestimmt und damit neue Möglichkeiten für bewaffnete Inlandseinsätze eröffnet. Protest und Widerspruch bleiben notwendig.

Im Sommer 2013 haben wir die Bürger-Information „Krieg beginnt hier - Zur Militarisierung der Bundesrepublik nach Außen und Innen“ herausgegeben, die auf viel Zustimmung und Interesse stößt.

Veröffentlichungen

- Trotzdem: Menschenrechte! Versuch uns und anderen nach nationalsozialistischer Herrschaft Menschenrechte zu erklären
- Sinti und Roma als Bürgerinnen und Bürger in Deutschland (ausgehend von dem Widerspruch, der deutlich wurde, als das Denkmal für die von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma eingeweiht und zugleich die Abschiebung der aus Serbien und Mazedonien geflohenen Roma in Elend und gesellschaftlichen Rassismus anstand.)
- Grundrechte-Report 2012 und 2013
- Dossier zu Mali und zu Syrien

Tagungen

Verfassungsschutz: kontrollieren ist gut, abschaffen ist besser. Perspektive: die Delegitimierung des Verfassungsschutzes weiter betreiben. Raus aus Schulen und Bildungsangeboten!

Studententag: Armut und Migration

Abschied vom fast 20 Jahre alten Adresscomputer

Aus dem alten Dos-Computer mit einem speziellen Programm konnten Adressen, Status, Hinweise in ein neues Vereinsverwaltungsprogramm übertragen werden. Informationen über Bankverbindungen, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge konnten damit verknüpft werden.

Sonstiges

- Der Bericht des Gefangenenbeauftragten wird eigens vorgelegt. Die Aktion „Bücher für Gefangene“ ermöglicht es, dass etwa 300 Gefangene pro Jahr ein Buch ihrer Wahl erhalten können. Ebenfalls schicken wir gespendete Schreibmaschinen an Gefangene.
- Das Kölner Büro arbeitet eng mit den Frankfurter Koordinator_innen von Ferien vom Krieg zusammen. Der Vorstand beschäftigt sich regelmäßig mit der Entwicklung des Projektes, das zwar eigenständig Spenden sammelt, aber finanziell an das Komitee und seine Gemeinnützigkeit angebunden ist. Im Sommer 2013 wurde ein neues Büro in Frankfurt gegründet. Das Projekt legt einen aktuellen Zwischenbericht zu den Begegnungen des Jahres 2013 vor.
- Begleitung des Strafverfahrens gegen zwei vermeintliche Mitglieder der „Revolutionären Zellen“ in Frankfurt
- Protest gegen eine Abgabenordnung, die dazu geführt hätte, dass gemeinnützige Körperschaften, die in einem Verfassungsschutzbericht als „extremistisch“ bezeichnet werden, automatisch durch die Finanzämter ihre Gemeinnützigkeit entzogen bekommen hätten. Der Protest war erfolgreich!
- Unterstützung des Kritischen Aktionsbündnisses 20 Jahre Tafeln.
- Protest gegen die Abschiebepolitik aus der „offenen“ Stadt Freiburg und gegen eine Razzia in Flüchtlingsunterkünften
- Der Peter-Becker-Preis wird dem Komitee für Grundrechte und Demokratie für seine Friedensarbeit im November 2013 verliehen.

gez. Elke Steven, Martin Singe, Dirk Vogelskamp